

# Zeitenwende ja – aber nicht bei mir?

Wenig Hoffnung, viele Sorgen – so sehen die Bürger im BaWü-Check die Zukunft. Die Krisenstimmung ist im Land angekommen. Dennoch hoffen viele derzeit noch, persönliche Einschränkungen vermeiden zu können



**Bekanntheit** In der Umfrage gaben 86 Prozent an, Ministerpräsident Kretschmann zu kennen. Auf den Plätzen zwei und drei folgen Innenminister Strobl (58 Prozent) und Sozialminister Lucha (49). Die drei letzten Plätze belegen Thekla Walker (Umwelt) mit zehn Prozent, sowie Nicole Razavi (Bauen) und Marion Gentges (Justiz) mit je acht Prozent.

■ Von Bärbel Krauß

**Oberndorf.** Die »Zeitenwende«, die Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wegen des Ukraine-Kriegs und seiner Folgen Ende Februar im Bundestag konstatiert hat, ist mittlerweile bei den Bürgern im Land angekommen.

Nur noch 21 Prozent der Einwohner blicken mit Hoffnungen auf die nächsten zwölf Monate – das sind weniger als bei allen vorherigen Allensbacher Umfragen zuvor. 29 Prozent äußern Skepsis und ein starkes Drittel (38 Prozent) hegt ausgesprochene Befürchtungen für das nächste Jahr. Vor Beginn des Krieges zum Jahresanfang war der Anteil noch halb so groß. Die Demoskopien sprechen bereits von einem »historischen Stimmungstief«. Seine Ursache sehen sie im wesentlichen darin, dass sich immer neue Krisen einstellen, ohne dass die vorherigen gelöst wären. Die aktuelle Meinungsumfrage der Zeitungen im Land fühlt den Bürgern auf den Zahn, was das im einzelnen bedeutet, wo sie sich umstellen – und wo eher nicht:

sehen in der Pandemiebekämpfung ein wichtiges Ziel der Landesregierung; 2021 waren es 58 Prozent.

Tatsächlich sind die Prioritäten der Bevölkerung in Teilen unverändert: Wie schon nach der Landtagswahl 2021 sehen zwei von drei Bürgern es als wichtigste Priorität, dass das Land ausreichend bezahlbaren Wohnraum bereitstellt. Fast genauso viele Menschen (63 Prozent) halten eine ausreichende Zahl von Pflegekräften für besonders wichtig. Klima- und Umweltschutz gehören für 49 Prozent weit oben auf die politische Agenda – deutlich vor der Bekämpfung von Kriminalität und Verbrechen (40 Prozent), einer Verbesserung des Straßen- und Schienennetzes im Land (37 Prozent) oder verlässlicher Kinderbetreuung (30 Prozent).

### ■ Wovon die Bürger wenig halten

Trotz einer ganzen Serie von milliardenschweren Unterstützungsprogrammen – erst wegen Corona, dann wegen der Gas- und Energiekrise in Folge Krieges in der Ukraine – bewerten die Menschen im Land die Haushaltssituation ziemlich entspannt. Jedenfalls hat fast die Hälfte der Bürger (47 Prozent), die beim jüngsten BaWü-Check befragt wurden, die Finanzsituation in Baden-Württemberg als gut oder sehr gut eingestuft.

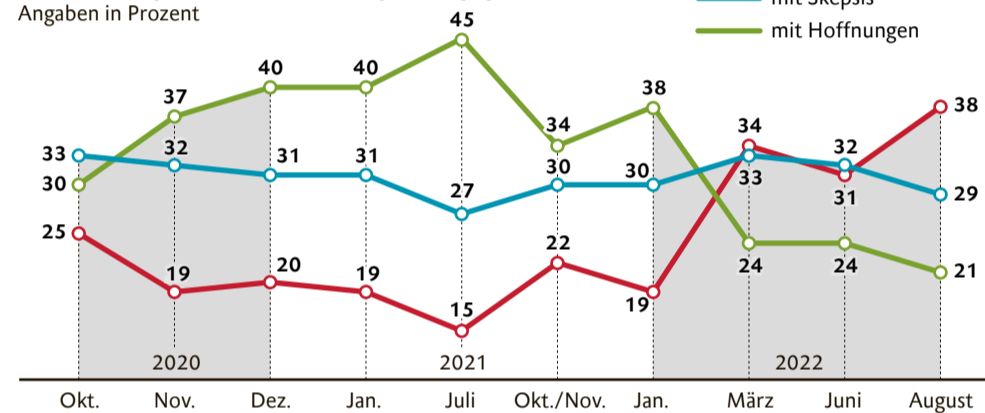
Dass das Land zur Pandemiebekämpfung 15 Milliarden Euro neue Kredite aufgenommen hat, spielt bei der Bewertung dieser Frage keine nachdrückliche Rolle. Überhaupt: Ein mit 41 Prozent hoher Anteil der Befragten traut sich in dieser Frage kein Urteil zu. Viel Aufmerksamkeit bindet das Thema demnach bisher nicht.

Die Zahl derjenigen, die Grün-Schwarz eine solide Finanzpolitik zuschreiben (29 Prozent), und der Anteil, der dies nicht tut (30 Prozent), hält sich ziemlich die Waage. Einen strikten Sparkurs bejaht nur ein knappes Drittel (31 Prozent). Dagegen hält eine satte Mehrheit von 54 Prozent die Aufnahme neuer Schulden im Doppelhaushalt 2023/24 für unumgänglich.

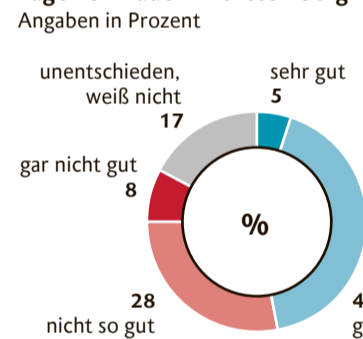
Das heißt aber nicht, dass die Bürger sämtliche Ausgabenwünsche mittragen. Dass die Ministerien 9000 zusätzliche Personalstellen schaffen wollen, missbilligt knapp die Hälfte der Befragten (47 Prozent) als übertrieben. Angemessen finden den Wunsch nach einem so hohen Stellenplus nur 33 Prozent.

### ■ Der BaWü-Check in ausgewählten Grafiken

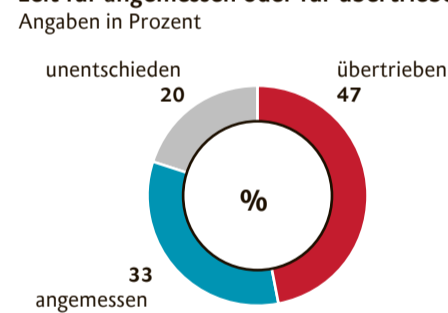
#### Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?



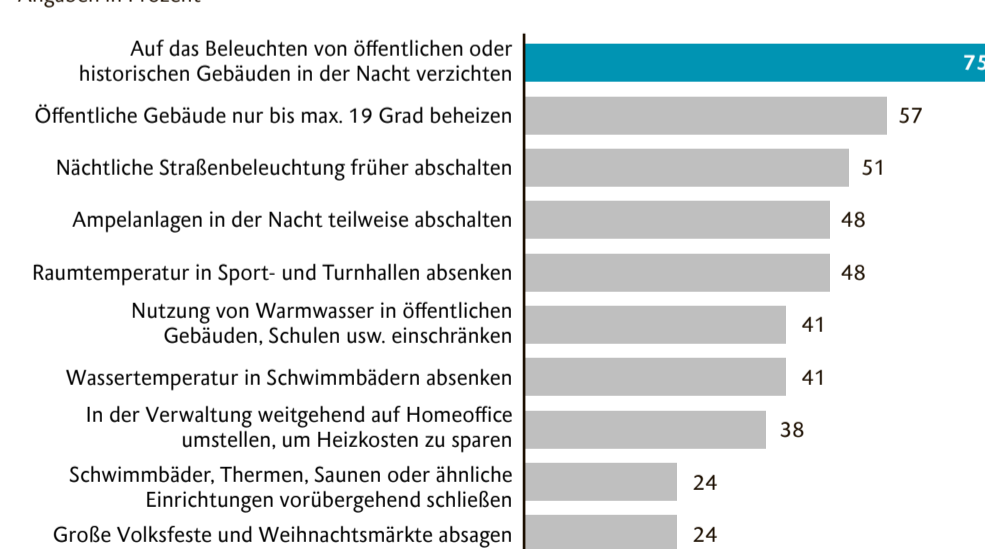
#### Wie bewerten Sie zurzeit die finanzielle Lage von Baden-Württemberg?



#### Halten Sie einen Bedarf an fast 9000 zusätzlichen Stellen in den Ministerien derzeit für angemessen oder für übertrieben?



#### Welche Vorschläge fänden Sie gut, wie Städte und Kommunen Energie einsparen könnten?



Grafik: Locke

Quelle: IFD-Allensbach für Baden-Württemberg

### ■ Wo gespart werden soll – und wo nicht

Noch besser als die Finanzsituation des Landes schätzen die Bürger die Lage ihrer jeweiligen Gemeinde ein: Jeder Zweite hält die Finanzkraft seines Wohnorts für gut oder sehr gut. Je kleiner die Kommune, desto besser fällt das Urteil aus.

Landesweit äußern diese Einschätzung 45 Prozent der Befragten. Auch das ist gestaffelt: In den Dörfern teilt die Sorge jeder Dritte, in Groß-

städten ist es jeder Zweite. Dass Energiesparmaßnahmen wegen der drohenden Engpässe bei der Versorgung mit Strom und Gas im Winter unvermeidbar sind, ist demnach im Bewusstsein der Bürger angekommen. Allerdings haben sie laut dem BaWü-Check offenbar noch die Hoffnung, sich persönliche Konsequenzen vom Leib halten zu können.

So werden vor allem Maßnahmen unterstützt, die keine persönlichen Beeinträchti-

gung bedeuten: Den Verzicht auf das Anstrahlen historischer Gebäude finden drei Viertel der Befragten gut, niedere Temperaturen in öffentlichen Gebäuden befürwortet mehr als jeder Zweite. Aber nur jeder Vierte befürwortet, dass Schwimmbäder und Saunen geschlossen oder Volksfeste und Weihnachtsmärkte abgesagt werden. »Es fällt Bürgerinnen und Bürgern offensichtlich leicht, vor allem Vorschläge zu unterstützen, von denen sie persönlich nur

wenig betroffen sind«, so die Demoskopien.

### ■ Was Noten aussagen – und was nicht

Ein Zeugnis mit lauter Noten zwischen Drei und Vier und ganz ohne Einser und Zweier – so haben die Bürger die Landesregierung benotet. Was bei einem Schüler am Zeugnistag zuhause mindestens leichtes Stirnrunzeln und kritische Nachfragen auslösen würde, quittieren die Allensbacher Demoskopien mit Gleichmut: »Durchschnittlich« falle die Bewertung aus, ohne große Ausreißer nach oben oder unten. Abgefragt haben die Meinungsforscher eine Zensur für alle elf Minister und den Regierungschef. Allerdings: Gefragt wurden nur die Teilnehmer, die die Regierenden auch kannten.

Und da sieht es wieder einmal mau aus: Nach elf Jahren als Regierungschef wird nicht einmal Winfried Kretschmann (Note 3,4) mit seinem überragenden Bekanntheitsgrad von 86 Prozent, von allen Bürgern im Land gekannt. Sein Vize Thomas Strobl (Note 3,6) folgt mit großem Abstand auf Platz Zwei, Sozialminister Manfred Lucha (Note 3,7) auf dem dritten Rang.

Als unbekannte Größen der Landespolitik müssen fast alle Regierungsneulinge von Kultusministerin Theresa Schopper (Note 3,4), über Umweltministerin Thekla Walker (Note 3,6) bis zu Bauministerin Nicole Razavi (Note 3,2) und Justizministerin Marion Gentges (Note 3,2) gelten. Nur der grüne Finanzminister Danyal Bayaz hat es geschafft, seine algeriedige Minister- und Parteikollegin Theresia Bauer beim Bekanntheitsgrad zu überholen. Insofern kann er sich vielleicht ein wenig freuen, mit der Note 3,1 die beste Zensur bekommen zu haben.

Wegen der geringen Bekanntheit der Benoteten, sind die Zensuren generell aber wenig belastbar. Nur drei Aussagen lassen sich halbwegs gesichert ableiten: Nach elf Regierungsjahren wachsen die Bäume für den beliebten Landesvater Kretschmann nicht mehr in den Himmel. Manfred Lucha klebt im dritten Pandemie-Jahr ein Corona-Minus am Revers. Thomas Strobl kann sich trösten, dass der Untersuchungsausschuss zur Polizei-affäre ihn in Sachen Benotung zwar fast ans Ende der Skala aber nicht aus dem Kreis der Kabinettskollegen hinauskatapultiert.

► Leitartikel



### ■ Was sich geändert hat – und was nicht

Wenn es in der politischen Krise so etwas wie Glück im Unglück gibt, dann profitiert die Landespolitik derzeit davon, dass die Baden-Württemberger nach Berlin blicken, wenn es um Lösungen für die aktuelle Gaskrise geht. Die Energieversorgung im Winter zu bezahlbaren Preisen sicherzustellen, das erwarten die Befragten nicht von der Landespolitik sondern von der Bundesregierung.

Eine weitere Entlastung für Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und seine Regierung besteht darin, dass Corona den Bürgern weniger unter den Nägeln brennt: Nur noch 37 Prozent